

Bewerbungen für die Landesliste zur Bundestagswahl 2009

Für Listenplatz 1 bewirbt sich:



Ulrich Mauer, KV Stuttgart Liebe Genossinnen und Genossen, ich bewerbe mich um Euer Vertrauen als Spitzenkandidat in Baden-Württemberg für die kommende Bundestagswahl. Ich denke wir können mit Stolz auf unsere gemeinsame Arbeit seit September 2005 zurückblicken. Der überraschende große Erfolg bei der damaligen Wahl und die gute Arbeit

der neuen Fraktion, in deren Aufbau ich mich mit aller Kraft engagiert habe, waren die Basis für die erfolgreiche Gründung unserer Partei. Seither ist DIE LINKE. gewachsen, hat den Einzug in westdeutsche Landtage geschafft, viele Mitglieder gewonnen und vor allem auch außerparlamentarisch im Bündnis mit Globalisierungsgegnern, Friedensbewegung und Gewerkschaften gewirkt. Wir dürfen nie vergessen, dass der Erfolg unserer Partei maßgeblich auf unserer Fähigkeit zur Aktion außerhalb der Parlamente, zur Beteiligung an den sozialen Kämpfen (die zunehmen werden) und vor allem auf unserer Glaubwürdigkeit beruht. Ich habe in diesem Sinne die Verantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit von Fraktion und Partei übernommen und mich als Beauftragter West um den Aufbau der Linken gekümmert. Ich bin stolz auf das, was wir erreicht haben, aber ich sehe auch die Gefahren und Probleme. Unsere Partei vereint sehr unterschiedliche Kulturen, Biographien und Strömungen. Dies beinhaltet immer die Gefahr des destruktiven Gegeneinanders, wo doch gerade jetzt die Solidarität und die Fähigkeit zu gemeinsamer Aktion wichtiger denn je sind. Der Zusammenbruch des Finanzmarktkapitalismus wird uns vor ungeahnte Bewährungsproben stellen. Die Menschen beginnen sich von diesem System abzuwenden, aber das heißt noch lange nicht, dass sie sich für unseren Weg entscheiden. Wir müssen an programmatischer Klarheit und Aktionsfähigkeit deutlich zulegen. Unser Erfolg wird darüber entscheiden, ob die Weltwirtschaftskrise in Deutschland wieder in Armut der Mehrheit, Beseitigung von Demokratie und Krieg enden wird oder ob wir den Weg in eine Zukunft von Freiheit, Gleichheit und Solidarität gewinnen. In Baden-Württemberg wird die Krise besonders spürbar werden, da die Verantwortlichen gerade den Südwesten in eine beispiellose Abhängigkeit von Export und Autoindustrie getrieben haben. Wir sind also besonders gefordert. Ich glaube, dass wir gemeinsam erfolgreich sein werden: bei den Kommunalwahlen ebenso wie bei der Bundestagswahl. Unser Ziel sollte sein, unsere Mandatszahl im Bundestag zu verdoppeln. Dafür möchte ich mit Euch antreten.

Für Listenplatz 2 bewirbt sich:



Heike Hänsel, KV Tübingen. Hiermit bewerbe ich mich erneut als Kandidatin für den Bundestag auf Listenplatz 2. Mein Wahlkreis ist Tübingen. Neben meinem Wahlkreisbüro in Tübingen betreue ich die Region Südbaden mit einem Regionalbüro in Freiburg.

Seit Oktober 2005 sitze ich für Die Linke Baden-Württemberg im Bundestag. Im Juli 2005 wurde ich Mitglied der damaligen Linkspartei.PDS. Zudem bin ich Mitglied bei Attac, DFG-VK und Verdi. Ich bin seit vielen Jahren in der Friedensbewegung und globalisierungskritischen Bewegung in Baden-Württemberg, bundesweit und international aktiv.

Dies hat auch meine politische Arbeit im Parlament bestimmt. Ich bin Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Unterausschuss Vereinte Nationen sowie stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und in der Parlamentarischen Versammlung der Nato.

Meine thematischen Schwerpunkte sind: internationale Entwicklungs- und Friedenspolitik, gerechte und ökologische Welthandelsordnung. Geographischer Fokus: Lateinamerika und die Länder des Mittleren und Nahen Ostens. Ich habe eine Lateinamerika-AG innerhalb der Fraktion mitgegründet, die die neuen linken Regierungen und Bewegungen auf dem lateinamerikanischen Kontinent solidarisch unterstützen will. Mit meinem Mandat habe ich auch versucht konkrete Solidaritätsarbeit zu leisten, z.B. durch direkte und kontinuierliche Unterstützung von Frauen- und Friedensaktivistinnen in Afghanistan, Iran, Israel, Palästina, Kolumbien, Bolivien. Auf lokaler und regionaler Ebene bei Arbeitskämpfen der Gewerkschaften und einzelner Belegschaften gegen weiteren Sozialabbau oder in der Flüchtlingsarbeit bei drohenden Abschiebungen etc. Mein zweites politisches Standbein liegt weiterhin in der außerparlamentarischen Bewegung, so z.B. bei den Anti-G8-Aktivitäten, zahlreichen alternativen Lateinamerika-Treffen, Kampagne gegen den EU-Reformvertrag und die Dienstleistungsrichtlinie, Kampagne gegen die EPAs (Freihandelsabkommen), Irak-Tribunal, Anti-Kriegs-Demonstrationen zu Afghanistan, Libanon, Gaza, oder aktuell den Vorbereitungen für die Anti-Nato-Aktivitäten im April in Strasbourg.

Diese Arbeit möchte ich gerne in der neuen Legislaturperiode fortsetzen. Dabei werde ich weiterhin klare antimilitaristische Positionen in die Fraktion einbringen als Teil einer aktiven Friedens- und Entwicklungspolitik, für globale soziale Rechte und ein ökologisches Weltenergiesystem. Inhaltlich arbeite ich seit 2007 für den Bereich Internationales in der Programmkommission der Partei mit.

Für Listenplatz 3 bewirbt sich:



Karin Binder, KV Karlsruhe, Patchworkfamilie mit Elwis Capece, Max und Dominik, Mittlere Reife, Ausbildung im Einzelhandel, Handelsfachwirtin IHK, Betriebsrätin und Betriebsratsvorsitzende in einem Bertelsmannunternehmen in Stuttgart, langjährige ehrenamtliche Gewerkschafterin, Verdi- und NGG-Mitglied, 2003 bis 2005 Regionsvorsitzende der

DGB-Region Mittelbaden, Mitglied u.a. bei VVN, DFG-VK, BUND, heute verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

2005 bin ich als Kandidatin zur Bundestagswahl angetreten mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern. Das steht für mich – wie der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit – nach wie vor im Mittelpunkt meines politischen Denkens und Handelns. Armut bekämpfen ist unsere wichtigste Aufgabe.

Unser Kampf gegen Armut muss weltweit geführt werden, indem wir vehement für Frieden eintreten und uns konsequent gegen Militäreinsätze aussprechen. In vielen Krisengebieten wird durch militärische Übergriffe mit Toten und Verletzten, durch die Zerstörung von Krankenhäusern, Schulen, Energie- und Wasserversorgung täglich mehr Armut geschaffen. Daran

verdient vor allem die Rüstungsindustrie. Nur ein ernst zu nehmender politischer Wille kann daran etwas ändern mit dem Stopp von Rüstungsexporten.

Ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung von Armut in Deutschland, insbesondere für Frauen, ist der gesetzliche Mindestlohn. Damit Männer und Frauen von ihrer Arbeit auch leben können, sind mittlerweile 10 Euro pro Stunde unverzichtbar. Die Schaffung eines expandierenden Niedriglohnssektors ist menschenverachtend und produziert weitere Armut, Altersarmut. Die Aufstockung durch Hartz IV ist dabei nichts anderes als eine Subventionierung von Unternehmen zur Profitsteigerung. Menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen wir mit einer repressionsfreien Grundsicherung für Alle. Es darf keine Rolle spielen, aus welchen Gründen jemand nicht in der Lage ist, ihr/sein Einkommen selbst zu erarbeiten. Ob jemand zu alt oder zu jung ist zum arbeiten, ob jemand krank oder behindert ist oder Familienarbeit leistet, Kinder betreut oder den/die PartnerIn pflegt – in dieser reichen Gesellschaft hat jede/r einen Anspruch auf eine individuelle Existenzsicherung, die eine Teilhabe an dieser Gesellschaft ermöglicht. Teilhabe an Kultur, Bildung oder gesellschaftlichem Leben ist mit Hartz IV jedoch nicht möglich. Deshalb gilt für mich nach wie vor: Hartz IV muss weg! Wir müssen an einer echten, langfristigen Alternative arbeiten.

Mit Hartz IV ist auch eine gesunde Ernährung z.B. ohne Pestizide oder Gentechnik kaum möglich. Doch um die Profite der Discounter zu sichern, werden Nahrungsmittel häufig nur billig produziert. Aber Lebensmittel haben ihren Preis, denn auch die ErzeugerInnen müssen davon leben können und gleichzeitig eine hohe Qualität gewährleisten. Linke Verbraucherpolitik muss gute und sichere Produkte auch für Menschen mit kleinem Geldbeutel gewährleisten.

Diese Arbeit möchte ich gerne zusammen mit euch fortsetzen und bitte deshalb um eure Unterstützung und meine Nominierung auf Platz 3.

Für Listenplatz 4 bewerben sich:



Franz Groll, KV Calw. Liebe Genossinnen und Genossen, da ich schon 65 bin, hatte ich mir vorgenommen, nach diesem Superwahljahr meine politische Aktivität etwas zu reduzieren. Ich hatte deshalb nicht vor, für einen Listenplatz zu kandidieren, zumindest nicht für einen der aussichtsreichen vorderen Plätze. Nun bewerbe ich mich doch für den Listenplatz 4 – warum?

Der Auslöser war ein Interview von Oskar Lafontaine im letzten „Freitag“. Da habe ich mich richtig geärgert, dass er als Lösungsansatz zur Überwindung der Wirtschaftskrise neben einer Stärkung der Binnennachfrage nur Investitionen in die Infrastruktur und die Bildung erwähnt. Es ist ihm wohl noch nicht bewusst, dass der Klimawandel die derzeit größte Bedrohung darstellt und deshalb gerade dort massiv investiert werden muss, insbesondere jetzt, auch zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Das Erreichen der Klimaschutzziele bedarf unserer ganzen Kraft und Kreativität, es erfordert auch ein neues Wirtschaftssystem, das ohne wirtschaftliches Wachstum stabil ist und allen Menschen soziale Sicherheit und ein gutes Einkommen gewährleistet. Mich ärgert, dass der Parteivorstand in seiner Verlautbarung vom Oktober die Rückkehr zu wirtschaftlichem Wachstum fordert und sich von den anderen Parteien nur darin unterscheidet, wie man zu dem „gewünschten“ Wachstum kommen will.

Es muss uns auch zu denken geben, dass wir in der größten Krise des neoliberalen Kapitalismus in der WählerInnenzustimmung nicht zulegen konnten und das obwohl ganz offensichtlich ist, dass die neoliberale Politik der letzten Jahre für die Öffnung der Einkommensschere verantwortlich ist, die Finanzkrise verursacht und den Klimawandel beschleunigt

hat. Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir den Durchbruch für eine neue Politik schaffen? Wir brauchen eine überzeugende Konzeption, wie wir die heutigen Probleme lösen wollen und gleichzeitig den zukünftigen Erfordernissen gerecht werden.

Ich will mich nicht länger ärgern, sondern mithelfen, dass wir besser werden, sowohl in der innerparteilichen Diskussion, wie auch in der Wirkung nach außen. Deshalb bewerbe ich mich für den Listenplatz 4, um die Chance zu erhalten, als Abgeordneter in der Fraktion neue Lösungsansätze einzubringen und um die Diskussion in der Partei zu beleben.

In meinem neuen Buch mit dem Titel „Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft“ mache ich umfangreiche Vorschläge zur Überwindung der Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrise und ich zeige eine Vision von einer solidarischen Gesellschaft und der Überwindung des Kapitalismus in acht Schritten. Ich betrachte diese Lösungsvorschläge auch als einen Beitrag zur Diskussion für das Bundestagswahlprogramm und für das Parteiprogramm. Eine Kurzfassung des Manuskripts kann von meiner Homepage www.FranzGroll.de abgerufen werden. Wer das komplette Manuskript lesen möchte, kann dies bei mir anfordern, ebenso ein etwas ausführlicheres Bewerbungsschreiben. Ich bitte um eure Unterstützung. Mit solidarischen Grüßen, Franz



Andreas Kirchgeßner, KV Ortenaukreis. Jahrgang 1959, Mitglied der PDS seit 1994, dann Mitglied der Partei DIE LINKE. Beruf: Drucker und Druckformenhersteller, arbeite heute bei der Druckcooperative Karlsruhe. Als Vorsitzender des Ortsvereines Waldkirch der IG Medien und des DGB Ortskartells wurde ich 1999 vom Hauptvorstand der IG Medien ange-

fragt, ein bundesweites Mitgliederwerbeprojekt zu entwickeln und durchzuführen. Dieses Projekt konnte ich Ende 2003 mit einem messbaren Erfolg abschließen. Seit fünf Jahren bin ich als gewählter Vorsitzender des DGB Ortsverbandes Kehl-Hanauerland aktiv. Dazu beigetragen haben sicherlich meine ehrenamtlichen Aktivitäten als Streikführer in vielen Betrieben, in der Erwerbslosenarbeit, die Organisation der Montagsdemos in Offenburg, sowie die Installation der Erwerbslosenberatung im Ortenaukreis. Bereits vor einigen Monaten wurde ich von Betriebsräten aus dem Ortenaukreis zur Kandidatur zum Bundestag aufgefordert. Als aktiver Antifaschist bin ich Mitglied der VVN-BdA, Initiator und Sprecher des Rheinauer Bündnis „Bunt statt braun“. Das Verbot der NPD und aller neofaschistischen Organisationen ist längst überfällig und wird von mir nachdrücklich gefordert. Als Internationalist war ich 1994/96 maßgeblich am Aufbau der Druckerei „Las Ideas“ in Zusammenarbeit mit der Kooperative „Nueva Vida“ von und für Kriegsversehrte der FMLN in El Salvador beteiligt. Als aktiver Antimilitarist entschloss ich mich zur Totalverweigerung. Ich war Anfang der 1980er Jahre der dritte politische Totalverweigerer in der BRD, den ein Landgericht nicht in das Gefängnis schicken konnte. Dies gelang durch eine breite Solidarität, wirksame Öffentlichkeitsarbeit und die fundierte Analyse der Rolle der BRD innerhalb der Nato. Derzeit bin ich vor Ort im Anti-Nato-Bündnis (Kehl – Strasbourg – Baden-Baden) engagiert und im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig. Der Aufbau von breiten und wirkungsvollen außerparlamentarischen Bündnissen ist für mich Garant für erfolgreiche politische Arbeit auf Bundes-, Landes- und Kreisebene. Mit auf meine Initiative hin wurden Ortsverbände unserer Partei im flächengrößten Landkreis von Baden-Württemberg gegründet. Ich selbst bin Mitglied im Vorstand des Ortsverbandes DIE LINKE. Kehl am Rhein.

Meine politische Arbeit vor Ort werden auch meine Schwerpunkte im Bundestagswahlkampf 2009 sein: die Verstärkung der sozialen Bewegungen/Gewerkschaften zu den

Themenbereichen: Abschaffung von Hartz 4, Einführung eines Mindestlohnes, Herabsetzung des Renteneintrittsalters, Kampf gegen die Altersarmut. Ein weiterer wichtiger Punkt wird die Forderung nach Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sein.

Das neoliberale Modellprojekt des Eurodistriktes Strasbourg-Kehl/Ortenau wird derzeit nach den Vorgaben des Lissabonner Abkommens entwickelt und realisiert. Hier sind wir gefordert, uns auch auf der bundespolitischen Ebene zu positionieren.

Der Wahlkreis 284/ Offenburg, in dem ich als Direktkandidat anrete, ist von besonderer Bedeutung für unsere Partei. Er bietet die Möglichkeit der Auseinandersetzung zu vielen bundespolitischen Themen und der Ausstrahlung in den Wahlkreis, in dem auch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble antreten wird.

Deshalb kandidiere ich für Platz 4 der Landesliste Baden-Württemberg.



Carsten Labudda, KV Heidelberg/Rhein-Neckar. Ich heiße Carsten Labudda und bin Vorsitzender des OV Weinheim und Mitglied im Kreisvorstand des KV Heidelberg/Rhein-Neckar. Ich kandidiere im Wahlkreis Heidelberg für den Bundestag. Unsere Kreismitgliederversammlung hat mich in geheimer Wahl einstimmig als Kandidat für Platz 4 der Landesliste

nominiert. Ich bin 33 Jahre alt und habe an der Uni Heidelberg Politologie und Germanistik studiert. Nach meinem Examen habe ich mich beruflich umorientiert und arbeite seitdem als Softwareentwickler. Anfang 1994 trat ich in die PDS ein. Mein Schwerpunkt war der Aufbau des Jugendverbandes. Von 2001 bis 2003 war ich Bundessprecher von [solid]. Nach dem Ende meiner aktiven Zeit wurde ich von der Linksjugend [solid] Baden-Württemberg zum Ehrenmitglied ernannt, was mich bis heute mit Dankbarkeit erfüllt.

Wir erleben seit dem Aufstieg der Ideologie des Neoliberalismus einen immer aggressiveren Sozialabbau, der Millionen Menschen in Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Armut stürzt. Gleichzeitig verstärken sich die Tendenzen des Staates, „Ruhe und Ordnung“ mit immer repressiveren Mitteln aufrecht zu erhalten. Sozialabbau und Freiheitsabbau sind zwei untrennbare Seiten einer Medaille.

Die Liste der Eingriffe des Staates in die Grundrechte seiner Bürger ist seit Kanther, Schily und Schäuble immer länger geworden. Alles dies gehört zum neokonservativen Leitbild des „präventiven Sicherheitsstaates“, das alle Menschen unter Generalverdacht stellt und immer mehr Macht in Richtung der Exekutive verschiebt.

Stattdessen trete ich für den Ausbau der Grund- und Bürgerrechte ein. Dazu gehören u.a. folgende Punkte:

Auf Bundesebene gibt es keine direkte Demokratie. Die Abschottung der Eliten gegen selbstbestimmte Sachentscheidungen der Bevölkerung hat nicht unmaßgeblich zum Abheben der politischen Klasse beigetragen. Meiner Meinung nach muss es auf allen Ebenen Volkinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid geben.

Die Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden müssen wieder auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden. Das BKA-Gesetz muss vom Tisch. Auch im Bereich der Sicherheit erleben wir seit Jahren Privatisierungen. So werden inzwischen sogar an Flughäfen die Kontrollen durch private Sicherheitsdienste übernommen. Union und SPD wollten sogar die Luftsicherung verkaufen. Das ist eine fatale Entwicklung. Deshalb will ich mich dafür einsetzen, dass die Gewährleistung von Sicherheit wieder in einem größeren Umfang zu einer gesellschaftlichen Aufgabe wird. Die Privatisierung von staatlichen Sicherheitsleistungen lehne ich ab. Nach den Überwachungs-

kandalen bei Lidl, Telekom & Co ist es höchste Zeit, dass ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz eingeführt wird. Das wurde uns schon vor über 10 Jahren versprochen.

Dass DIE LINKE sich weiter vehement für die Überwindung von Hartz IV einsetzt und DIE Friedenspartei in Deutschland bleibt, gehört für mich zu den selbstverständlichen Grundlagen jeder Kandidatur für unsere Partei.



Michael Schlecht, KV Stuttgart. Ich bin verheiratet, habe zwei Töchter und lebe in Stuttgart seit 1980. Geboren bin ich 1951. Seit November 2006 war ich Mitglied im Bundesvorstand der WASG, seit Juni 2007 bin ich im Parteivorstand DIE LINKE und einer der beiden Gewerkschaftspolitischen Sprecher. Ich bin vom KV Mannheim zum Direktkandidaten zur Bundes-

tagswahl gewählt worden. Nach der Mittleren Reife begann ich Ende 1960er Jahre in Hamburg als Drucker. 1969 habe ich den Kriegsdienst verweigert und Ersatzdienst geleistet. 1973 bin ich nach Westberlin gegangen und habe zuerst das Studium als Wirtschaftsingenieur und dann als Volkswirt abgeschlossen. Von 1980 bis 2001 war ich in der IG Druck und Papier bzw. IG Medien in Stuttgart zuständig für Tarif- und Betriebspolitik. Ich war maßgeblich beteiligt an den großen Kämpfen der 1980er Jahre um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Dabei ging es vor allem um die Verbesserung der Lebenslage und den Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Ich habe schmerzlich miterlebt, wie seit Anfang der 1990er Jahre der Druck auf die Beschäftigten deutlich anstieg und Arbeitslosigkeit zunahm. Die Gewerkschaften gerieten zunehmend in die Defensive. Neoliberale Wirtschaftspolitik, politischer Druck und massive Deregulierung – das sind die Ursachen. Wir brauchen eine stärkere Politisierung und Gegenwehr der Gewerkschaften. Deshalb übernahm ich 2001 gerne den Aufbau des Bereiches Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand von Verdi in Berlin. Spätestens mit der Agenda 2010 war klar: Wir brauchen auch eine neue starke linke Partei. Deshalb habe ich seit Anfang 2004 den Aufbau der WASG unterstützt, später dann DIE LINKE.

Das Wahljahr 2009 steht im Zeichen der schwersten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise seit 60 Jahren. Wir müssen 2009 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um mehr als einer Million rechnen. Einen derartig schnellen Anstieg hat es in den letzten Jahrzehnten nie gegeben. Schwerste soziale Erschütterungen mit erheblichen politischen Verwerfungen sind zu gewärtigen. Alles läuft in kürzester Zeit ab. Fast wie im freien Fall. Für DIE LINKE sind damit enorme Herausforderungen verbunden. Bei vielen Menschen besteht erheblicher Orientierungsbedarf. Forderungen werden formulierbar, die noch bis September 2008 als linksradikale Spinnerei galten. Zum Beispiel die Vergesellschaftung der Banken und eine 5prozentige Millionärsteuer. DIE LINKE ist die Partei für soziale Gerechtigkeit. Dies muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Der Kampf gegen Hartz IV, für den gesetzlichen Mindestlohn und die Gute Rente sind hierfür zentrale Elemente. Aber in Anbetracht der wirtschaftlichen Rezession und dem Crash der Finanzmärkte muss die wirtschaftspolitische Kompetenz breit gestärkt werden. Hier sehe ich mich besonders gefordert – in der Partei ist dies seit langem ein wichtiger Schwerpunkt für mich. Ab Herbst 2009 möchte ich auch aus der Bundestagsfraktion heraus vor allem für die Stärkung unseres wirtschaftspolitischen Profils wirken.

Für Listenplatz 5 bewerben sich:

Annette Groth, KV Stuttgart. Direktkandidatin in Pforzheim. Seit meiner Jugend bin ich politisch aktiv, vor allem in der Anti-Atom-, Friedens- und 3.Weltbewegung. 2001 habe ich attac Stuttgart mit gegründet und die bundesweite Anti-



GATS-Kampagne (GATS: Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) initiiert.

Als Soziologin war ich in verschiedenen Positionen im In- und Ausland tätig (u.a. beim UN-Flüchtlingskommissariat in Genf, als Direktorin einer Tourismus-kritischen 3.Welt Organisation in Barbados/Karibik, Referentin bei Brot für die Welt). Seit Juni 2007

arbeite ich in der Bundestagsfraktion DIE LINKE, zuerst in der Bund-Länder-Koordination mit Schwerpunkt Europa, seit Februar 2008 als developmentpolitische Referentin.

Seit 2006 gehöre ich dem Landesvorstand an. Ich bin Mitglied in der LAG und BAG Frieden und Internationale Politik und aktiv im feministischen Netzwerk der Europäischen Linken. Ich bin Mitinitiatorin der LAG Frauen, weil ich mir mehr aktive Frauen in unserer Partei wünsche (Armut ist weiblich). Im November haben wir die LAG Europa gegründet, die bei den anstehenden Wahlen über die Auswirkungen der EU-Politik auf regionaler und kommunaler Ebene informieren will. Obwohl 80% unserer Gesetze aus Brüssel kommen, wird EU-Politik weiterhin stiefmütterlich behandelt. Ich setze mich für ein anti-militaristisches, soziales, demokratisches und ökologisches Europa ein und bin darum gegen den Vertrag von Lissabon.

Ich bin gegen Hartz IV („offener Strafvollzug“) und halte die wachsende soziale Ungerechtigkeit für skandalös. Laut ILO-Bericht vom November 2008 wächst die Kluft zwischen arm und reich in der Bundesrepublik, Polen und den USA am schnellsten.

Ich kämpfe gegen den zunehmenden Rechtsextremismus und möchte den weit verbreiteten Mythos von der Bedrohung durch den Terrorismus entlarven. Dieser dient lediglich als Rechtfertigung für zunehmende Militarisierung nach innen (Taser-Waffen!) und nach außen. Der Kampf gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen den Ausbau des Überwachungsstaats, gegen eine zunehmende Militarisierung und gegen Rechtsextremismus gehören zusammen.

Neben der Finanz- und Wirtschaftskrise wird die Ökologiekrise immer vordringlicher. Wir sollten die aktuelle Krise der Ökonomie und der Ökologie für eine radikale Umstellung unseres Wirtschaftssystems nutzen. Eng verbunden mit der Ökologie und Ökonomie ist die Verschwendung von Ressourcen für die Rüstung. Ich setze mich für Friedenspolitik und darum für eine radikale Kürzung der Rüstungsausgaben ein; stattdessen sollten wir diese Milliarden in unser defizitäres Bildungs- und krankes Gesundheitssystem investieren sowie in den Ausbau eines sozial verträglichen öffentlichen Nahverkehrs.

Es gibt Alternativen zur vorherrschenden „Wachstums- und Wettbewerbspolitik“, die Arbeitsplätze vernichtet, soziale Ungerechtigkeit produziert und in jeder Beziehung zerstörerisch wirkt. Eine andere Politik ist möglich und nötig!



Silvia Ofori, KV Hohenlohe/Schwäbisch Hall. Geboren 1956 in Schwäbisch Hall. 1975 Abitur am Wirtschaftsgymnasium in Schwäbisch Hall. Ende der siebziger Jahre Einstieg in die politische Arbeit über die Ökologiebewegung in einer Bürgerinitiative, die den Bau einer Tierkörperbeseitigungsanlage am Rande eines Naturschutzgebietes in meinem Wahlkreis verhindern konnte. Ausbildung zur Bankkauffrau und Mitglied in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Aktiv in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes mit dem Schwerpunkt Kampf gegen Neonazis. Sehr wichtig war mir dabei die Organisation funktionierender Bündnisse. Arbeit im

Landesvorstand der VVN und in der Neofaschismuskommision. Große Menschen wie Edo Leitner, Alfred Hauser und Gertrud Müller kennen zu lernen und ihren Mut zum Widerstand zu erfahren, haben mich sehr geprägt. Gegen die Diskriminierung von Frauen und für die Herstellung ihrer vollen gesellschaftlichen Gleichberechtigung engagiere ich mich bereits seit Jahren vor allem durch meine Frauenarbeit im DGB in Schwäbisch Hall mit der Organisation der Internationalen Frauentagsveranstaltungen unter Beteiligung vieler örtlicher Frauenorganisationen – bis heute. 1983/84 achtmonatiger Auslandsaufenthalt in Südamerika, USA und Ägypten und Vertiefung meiner Sprachkenntnisse. Danach Wiedereinstieg in meinen erlernten Beruf. Seit Mitte der 80er Jahre verstärkt ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit und seit 1986 Betriebsratstätigkeiten. Seit 1987 freigestellte Betriebsrätin. Auf gewerkschaftlicher Ebene viele verantwortungsvolle Ämter wie Tarifkommissionsmitglied, Bundesfrauenrat, stellvertretende Vorsitzende von hbv Baden Württemberg. 1991 Heirat mit Amanor Ofori aus Ghana, Musiker. Häufige Reisen nach Ghana.

Mitglied in der WASG seit 2004. Seit 2005 im Landesvorstand, danach im Interims-Landesvorstand und jetzt auch im neu gewählten Landesvorstand. Die WASG war meine erste Partei. Mein Arbeitsschwerpunkt auf Landesebene ist neben der Landesvorstandarbeit die Organisation der LAG Frauenpolitik. Daneben Mitglied der LAG Betrieb und Gewerkschaft, der BAG Frieden und internationale Politik und der BAG Lisa. Mitgliedschaften: Frauenzentrum, VVN, Naturfreunde, attac, green peace, verdi, club alpha 60, radio sthörfunk, Deutscher Esperantobund. In meiner knapper werdenden Freizeit beschäftige ich mich neben Politik mit afrikanischem Tanz und Weltmusik, Feldenkrais, Theaterpädagogik, Sprachen (englisch, französisch, spanisch, russisch, esperanto), Reisen.

Was mich wirklich an der Kandidatur und am Amt einer Bundestagsabgeordneten reizt, ist die Herausforderung, auf breiter gesellschaftlicher Ebene Druck von links zu machen. Das hat unsere Republik nötig. Täglich wird das Versagen des kapitalistischen Systems deutlicher. Die Situation der Armen in unserem reichen Land ist bedrückend. Für mich ist der globale Blick, wie ihn Rosa Luxemburg unermüdlich anmahnte, besonders wichtig. Ich will dazu beitragen, eine Zukunft mit positiven Perspektiven und Entwicklungen für die Mehrheit der Menschen zu schaffen.

Was mich wirklich an der Kandidatur und am Amt einer Bundestagsabgeordneten reizt, ist die Herausforderung, auf breiter gesellschaftlicher Ebene Druck von links zu machen. Das hat unsere Republik nötig. Täglich wird das Versagen des kapitalistischen Systems deutlicher. Die Situation der Armen in unserem reichen Land ist bedrückend. Für mich ist der globale Blick, wie ihn Rosa Luxemburg unermüdlich anmahnte, besonders wichtig. Ich will dazu beitragen, eine Zukunft mit positiven Perspektiven und Entwicklungen für die Mehrheit der Menschen zu schaffen.



Sabine Rösch-Dammenmiller, KV Göppingen. Lauterstein-Weissenstein, Kreis Göppingen, 46 Jahre, zwei Kinder, beschäftigt im Bereich der sozialpädagogischen Familienhilfe in einer christlichen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung in Schwäbisch Gmünd.

Am Tag der Parteigründung Eintritt in die WASG, Kreisschatzmeisterin im KV Göppingen-Geislingen, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand, ÖTV/Verdi-Mitglied seit Anfang der 80er, über zehn Jahre Personalrätin und mehrere Jahre Arbeitnehmervertreterin im Verwaltungsrat. Mitglied bei Greenpeace. In der Partei bin ich Mitglied in der LAG Frauen und in der LAG „Betrieb- und Gewerkschaft“.

Liebe Genossinnen und Genossen, auf dem Cottbuser Parteitag wurde ein Beschluss zu linker Familienpolitik gefasst. Ich betrachte diesen Beschluss für mich als einen Auftrag und als die Arbeitsgrundlage für meine Bewerbung auf der Landesliste. So wurde einerseits mit dem reaktionären Familienbild der Konservativen aufgeräumt, andererseits herrscht Klarheit, dass die „Heimchen-am-Herd-Politik“ der Christa Müller nicht Parteilinie ist. Mit diesem Beschluss wird auch eine realistische politische Alternative aufgezeigt, die sich an den wirklichen Problemen der Betroffenen (in der Regel Frauen) orientiert. Damit gibt es eine klare Alternative zur

Liebe Genossinnen und Genossen, auf dem Cottbuser Parteitag wurde ein Beschluss zu linker Familienpolitik gefasst. Ich betrachte diesen Beschluss für mich als einen Auftrag und als die Arbeitsgrundlage für meine Bewerbung auf der Landesliste. So wurde einerseits mit dem reaktionären Familienbild der Konservativen aufgeräumt, andererseits herrscht Klarheit, dass die „Heimchen-am-Herd-Politik“ der Christa Müller nicht Parteilinie ist. Mit diesem Beschluss wird auch eine realistische politische Alternative aufgezeigt, die sich an den wirklichen Problemen der Betroffenen (in der Regel Frauen) orientiert. Damit gibt es eine klare Alternative zur

stromlinienförmigen Familienpolitik einer Ministerin von der Leyen, die nur Gutverdienere nutzt. Diese Familienpolitik der LINKEN, geht von der gesellschaftlichen Realität aus, wie ich sie jeden Tag in meiner Arbeit wahrnehme. Ganz viel realistisches Elend wurde durch Gesetze, vor allem durch die Hartz-Gesetze herbeigeregelt. Dieses Elend ist aber nicht ausweglos oder „ohne Alternative“, sondern änderbar.

Obwohl die familienpolitischen Rahmenbedingungen in Berlin gemacht werden, findet die Umsetzung der Politik in den Kommunen statt. Deswegen sehe ich es als Abgeordnete als meine Aufgabe an, zu allen kommunalen Räten in denen wir sitzen, enge Verbindung zu halten. Und dort auch mit großer Präsenz für unsere Familienpolitik zu werben. Dieses Angebot gilt übrigens auch jetzt schon für den Kommunalwahlkampf und völlig unabhängig davon, auf welchen Listenplatz mich die Delegierten letztlich wählen.

Wir müssen davon ausgehen, dass durch die Untätigkeit der Bundesregierung die Folgen der Konjunktur- und der Finanzmarktkrise wie üblich auf die „kleinen Leute“ abgewälzt werden. Demgegenüber stehen unsere Forderungen nach dem Ausbau der Einrichtungen, die ein selbstbestimmtes Leben der „kleinen Leute“, vor allem der betroffenen Frauen erleichtern, oft erst ermöglichen: Öffentlicher Nahverkehr, Kinderkrippen, Pflegestützpunkte, Ausbau der Familienhilfen...

Hierzu gibt es schon ganz ordentliche Gesetze auf dem Papier, die nun umgesetzt werden müssen. Andere Gesetze, die der Lebenswirklichkeit vieler Frauen und Männer zu mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit verhelfen können, gilt es auf den Weg zu bringen. Genau das will ich tun.

Ich danke für Euer Vertrauen, Sabine



Uta Spöri, KV Freiburg. 53 Jahre; Beruf: Chemisch-Technische Assistentin, seit 33 Jahren beschäftigt im Bereich der Unikliniken Freiburg, Personalrätin, Vertrauensfrau, stellv. Beauftragte für Chancengleichheit, Mitglied Tarifkommission. Gewerkschaftsmitglied (Verdi, vorher HBV, ÖTV) seit Beginn meiner Berufstätigkeit 1975.

Politischer Lebenslauf: Von Jugend an, seit 1969 politisch aktiv im Aufbau der Schülerbewegung gegen Notstandsgesetze und Vietnamkrieg. 1973–75 während meiner Berufsausbildung Schülersprecherin der Gewerbeschule. 1974 Bauplatzbesetzung und Verhinderung des Bleichemiewerks Marckolsheim (Elsaß) und 1975 bis 76 AKW Wyhl. Friedensbewegung, NATO-Nachrüstung (80er Jahre). Ab Kosovokrieg verstärktes politisches Engagement, vorwiegend Antikriegsarbeit, globalisierungskritische Bewegung: 2001 Aufbau attac Freiburg: Organisation zahlreicher Antikriegsdemos 2001 (Afghanistan), 2003 (Irak). Aktionen gegen Sozialabbau, Agenda 2010, Mitinitiatorin der Freiburger Montagsdemos gegen Sozialabbau 2004, Beteiligung an Aufbau und Gründung der WASG Freiburg, seit 2005 Mitglied im Kreisvorstand, Mitglied im Sprecherrat LAG Betrieb & Gewerkschaft, Mitglied der Sozialistischen Linken, Unterstützerin des Netzwerks Marx 21, Mitglied der VVN-BdA.

Seit Beginn meiner Berufstätigkeit kontinuierliche gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit, 1996 Mitorganisation der Proteste gegen Rechtsformwechsel (Umwandlung von Landesbetrieb in Anstalt des Öffentlichen Rechts). Organisation betrieblicher Aktionen gegen Krieg: Kosovo, Afghanistan, Irak. Mitorganisation der ersten großen Uniklinik-Streiks 2005, die Auftakt zu bundesweiten Klinikstreiks waren.

Politische Schwerpunkte: Von Jugend auf ist es mir ein Anliegen, an der Basis der Gesellschaft aktiv zu sein, Menschen für ihre berechtigten Interessen zu Aktivitäten zu bewegen, die Augen zu öffnen für Alternativen. Mit wäre es wichtig, eine feste, gewachsene Verbindung herzustellen zwischen Bewegung bzw. Organisation von Bewegung „auf der

Strasse“ und im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich einerseits und der Arbeit im Parlament andererseits.

Durch meine vielfältigen Erfahrungen denke ich, daß ich in meiner Person genau diesen Zusammenhang darstelle und würde mich freuen, dies in einer klaren, linken Fraktionsarbeit umsetzen zu können. Ich halte unser Zukunftsinvestitionsprogramm für einen wichtigen Schritt zu einer gerechteren Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums.

Für mich persönlich wichtigste Forderungen sind: Keine Militäreinsätze der Bundeswehr – nicht außen und nicht im Inneren! Keine Privatisierungen! Keine Leiharbeit und keine 1-Euro-Jobs – sichere, menschenwürdige Arbeitsplätze! Abschaffung von Hartz IV! Die Wirtschaft muß wieder den Menschen dienen!

Als Abgeordnete aus Südbaden könnte und möchte ich aktiv daran mitarbeiten, den Parteaufbau der Linken in unserer Region ein gutes Stück voran zu bringen.

Mein KV unterstützt meine Bewerbung auf Platz 5 der Landesliste.

Für Listenplatz 6 bewerben sich:



Günter Gent, KV Lörrach. Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich mit Unterstützung des KV – Lörrach für die Landesliste bewerben. Ich bin Mitglied von Anfang an im Verein der WASG, auf Grund meiner Initiative wurden die WASG und der erste Kreisverband der WASG in Südbaden gegründet. Als Mitglied der WASG

stand ich schon 2004 mit Klaus Ernst in Freiburg auf dem Marktplatz für die WASG.

Ich bin verheiratet, habe 2 Kinder, Betriebswirt im Ruhestand und lebe im schönen Schopfheim im Südschwarzwald. 1976 bin ich zum Großversandhaus Schöpflin gewechselt und dort in der EDV-Organisation und Systementwicklung tätig gewesen. War auch dort im Betriebsrat tätig. Mein Alter von noch 61 Jahren soll für mich kein Hindernis sein, bin sportlich immer noch ausdauernd und sehr aktiv.

Mein Beweggrund, mich für diesen Platz auf der Landesliste zu bewerben, ist die Tatsache, dass ich durch die Teilnahme an der Bundestagswahl 2005 als PDS-Kandidat im Wahlkreis Lörrach-Müllheim mit 3,1% der Stimmen mehr als 100% Plus für die PDS geholt habe. Mein Ziel ist, mit meinen Parteikolleginnen und Parteikollegen mindestens 5 % zu erreichen. Ich habe also im tiefen schwarzen Süden dieser Republik dafür gesorgt, dass die damalige PDS mit einem ordentlichen Plus im Wahlbezirk Lörrach-Müllheim zur Kenntnis genommen wurde. Ziel ist eine soziale und gerechte Lebenssituation für die die Bürger unseres Landes zu erreichen.

Dass ich mich politisch aktiv betätige, hat auch damit zu tun, dass unsere gesellschaftliche Situation, speziell im Bereich der Einkommensverhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Manager so dermaßen aus dem Ruder gelaufen ist. Die Verarmung, die ich durch viele Begegnungen mit meinen Mitbürgern auf den Marktplätzen in meinem Wahlbezirk erfahren habe, hat mich bestärkt, mich für die Linke aktiv einzusetzen. Die Abschaffung von Hartz 4 und die Einführung von Mindestlöhnen, sowie die Anpassung der Renten an die Preissteigerungen und realen Kostensteigerungen für Rentner, ist für mich unbedingt notwendig. Auch sind für mich Kontrollinstrumente für bestimmte Schlüsselindustrien unbedingt wichtig, die die Lenkung und Mitbestimmung der Politik voraussetzen (teilweise Investitionen des Staates durch Kredite – Steuergelder! –, Bereiche der Verkehrsführung – Bahn und Straße, Technologie und Energie). Das beste Beispiel für die Wahrung von grundlegenden nationalen Voraussetzungen (auch innerhalb der EU) ist unser Nachbar Frankreich.

Sehr wichtig sind für mich auch der Kontakt und die Un-

terstützung von Staaten außerhalb der EU, die völkerrechtlich alles tun, ihre Bürger und ihre Nachbarn fair und vernünftig zu behandeln. Ich kann für mich sagen, dass ich mich voll einsetzen werde für eine ausgewogene gesellschaftliche Situation in unserem Land und in Europa, deshalb bitte ich Sie um meine Unterstützung.



Richard Pitterle, KV Böblingen. Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit bewerbe ich mich für den Platz 6 der Landesliste. Die Kreismitgliederversammlung hat mich anlässlich der Wahl zum Wahlkreis kandidaten am 25.9.2008 einstimmig für den Platz 8 nominiert. Nachdem Tobias Pflüger inzwischen erklärte, nicht für den Bundestag zu kandidieren, habe ich

mich entschlossen für Platz 6 zu kandidieren.

Persönliche Angaben: Ich bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe 2 Kinder. Ich gehöre zu den vielen Immigranten im Land. 1970 bin ich mit meinen Eltern von der CSSR nach Deutschland umgesiedelt. Seit 28 Jahren lebe ich in Sindelfingen. richard.pitterle@linke-bb.de

Beruf: Als Fachanwalt für Arbeitsrecht bin ich in einer Anwaltskanzlei in Stuttgart tätig, die im Arbeitsrecht überwiegend lohnabhängig Beschäftigte, Betriebsräte und viele Gewerkschaften vertritt.

Politische Aktivitäten und Engagement: Seit meiner Schulzeit bin ich politisch aktiv. Als Schülersprecher am Gymnasium in Sindelfingen. Seit dem 15. Lebensjahr bin ich Mitglied der VVN-Bund der Antifaschisten und dort von 1975 bis 1990 in den Funktionen als Kreisvorsitzender aktiv. 1980 habe ich die Friedensbewegung im Kreis Böblingen mitbegründet. Im Dezember 1990 wurde ich Mitglied der PDS. Von 1991 bis 1998 war ich als Landesschatzmeister der PDS in Baden-Württemberg tätig. Als Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands war ich am Parteaufbau und Organisation der Wahlkämpfe beteiligt. Ebenso war ich Gründungsmitglied und von 1998 bis 2005 Schatzmeister der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg.

Seit 2002 war ich Kreisvorsitzender der PDS und bin seit Juli 2007 Kreisvorsitzender der Linken.

Sonstige Mitgliedschaften: Ich bin Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg, der VVN-Bund der Antifaschisten, der deutsch-kubanischen Freundschaftsgesellschaft und des Vereins Internationale Städtepartnerschaft ISPAS.

Freizeit: In meiner Freizeit spiele ich Volleyball, tanze Casino (salsa cubana) und Tango Argentino. Regelmäßig bin ich auch als DJ bei Salsa-Partys tätig.

Warum kandidiere ich? In meinem Beruf gehört es zur meiner Arbeit die Interessen meiner Mandantinnen und Mandanten zu vertreten. Als Politiker und Abgeordneter der Linken will ich die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im und außerhalb des Parlaments vertreten. Diese Mehrheit will die Dominanz der Kapitalinteressen über die sozialen, ökologischen und kulturellen Interessen des Volkes überwunden wissen. Diese Mehrheit lehnt die Beteiligung Deutschlands an den Kriegen ab. Diese Mehrheit lehnt eine weitere soziale Spaltung der Gesellschaft durch weitere Umverteilung von unten nach oben ab.

Mir ist bewusst, dass die sich oben genannten Interessen der Mehrheit nicht in den Abstimmungen und Diskussionen des Parlaments allein durchsetzen lassen. Hierzu bedarf es einer starken sozialen Bewegung von unten, die dem außerparlamentarischen Druck der Unternehmer- und anderer Lobbyverbände entgegenwirkt.

Adelbert Ringwald, KV Emmendingen. Diplom-Betriebswirt BA; Steuern- & Prüfungswesen, 43 Jahre, ledig, zwei



Kinder, Sprecher/Gründer LAG Wirtschaftspolitik, Verdi-Mitglied, eingetreten als Mitglied der LINKEN, Wahlkampf: Hessen, Niedersachsen, Hamburg, Bayern, Hartz IV-Initiativen, Lissabon-Vertrag, Gewerkschaftsinitiativen Mindestlohn, Gentechnik, Besteuerung und Gesetzgebung.

Die Armut von Kindern ist in BW am höchsten von allen Bundesländern (von 2,2 Mio. / 645.000). Das Lohndumping und die Steuerungerechtigkeit für Arbeitnehmer ist in BW nur noch von Bayern übertroffen (Abwahl Beckstein). Die Auswirkungen des Lissabon-Vertrages werden in 2009 schärfer werden, als selbst ihre Urheber annahmen. Englische Gerichte haben die Charta zum Lissabon-Vertrag aufgehoben, trotz Zustimmung der englischen Gerichte. In Großbritannien kann niemand Rechtsschutz mit der Charta erhalten. Dies wird sich fortsetzen. Die Finanzkrise wird als Vorwand genommen über 50 Milliarden € Geschenke an Reiche zu verteilen, die diese Situation verursacht haben. Das Wahljahr 2009 wird daher entscheidend und weichenstellend sein. Gelb-Schwarz kann nur an die Macht kommen, wenn die Linke zu schwach bleibt. Keine andere Partei als die Linke kann dies verhindern. Rot-Schwarz kann gegen eine starke Linke im Deutschen Bundestag den weiteren Sozialabbau nicht fortsetzen. Ich kandidiere daher für den Deutschen Bundestag, da es darauf ankommen wird, stark aus den Wahlen hervorzugehen und eine qualifizierte linke Politik im Parlament und der Gesetzgebung nicht nur zu diskutieren, sondern konkret umzusetzen.

Ich möchte mich daher vorrangig für eine starke Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Steuerpolitik einsetzen, da davon nicht nur das Wahlergebnis der Linken abhängt, sondern auch die entscheidende Gesetzgebungsverfahren in der Legislaturperiode abhängen. Die auch unter dem Eindruck der Finanzkrise betriebenen und beabsichtigten Gesetzverschärfungen, Lohnraub und massiver Abbau der Grundrechte muss eine starke Gegenmacht finden.

Bei einem entsprechenden Engagement und der konsequenten Beachtung der politischen Ziele kann die DIE LINKE 15 % oder mehr bei der Wahl zum Deutschen Bundestag erreichen, damit wichtigen Einfluss auf die Gesetzgebung, Regierungspolitik und Justiz zu Gunsten aller Menschen, ihren Lebens- und Arbeitsverhältnissen nehmen. Dies ist unabdingbar und Voraussetzung für alle weiteren Ansätze, für den politischen Erfolg, die Akzeptanz und das Wirken der LINKEN. Ich möchte hierzu meinen vollen Beitrag mit meiner Kandidatur leisten. Die Angriffe auf die Demokratie in der Bundesrepublik wird gerade im Wahljahr 2009 – nicht etwa nur von rechtsradikalen und faschistischen Gruppen – massiver werden, sondern die Repression mit Hartz IV, Mindestlohnthematik, Entlassungen, Lohnraub, Subventionsbetrug, Steuerflucht, Einschüchterung und Diskriminierung – gerade auch von Frauen – notwendiger und zwangsläufiger werden. Die vorsätzliche Verabschiedung von verfassungswidrigen Gesetzen (z.B. Pendlerpauschale, Hartz, Luftsicherheitsgesetze u.a.) hat Methode muss von der Linken bekämpft so wie auch parlamentarisch entschieden angegriffen werden. Die Menschen verlassen sich auf uns.



Detlef Schönicg, KV Bodensee. Für die LINKE in der Region Oberschwaben/Bodensee in den Bundestag! Die Genossinnen und Genossen in den Kreisverbänden Bodensee, Ravensburg und Sigmaringen haben sich entschieden: Eine Vertretung der Region im Bundestag ist unverzichtbar. Ich bin ihr Kandidat und habe den Auftrag, mich um Platz 6 der Landesliste zu bewer-

ben. Wer bin ich? 54 Jahre, verheiratet, 2 erwachsene Kinder, geboren in Halle/Saale, aufgewachsen in Schwerin, Abitur, FDJ, SED 1975 bis 1989. Offizierausbildung bei der Volksmarine mit Abschluss Hochschulingenieur. 1990 abgewickelt mit letztem Dienstgrad Korvettenkapitän bei Auflösung der DDR-Streitkräfte. Nach Umschulung in Hamburg seit 1991 Arbeiter im Drei-Schicht-Betrieb eines namhaften Unternehmens der Metallindustrie in Friedrichshafen. Mitglied der IGM seit 1991, Vertrauensmann von 1992 bis 2004. Gründungsmitglied der Denkschule für das Solarzeitalter e.V. Stv. Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE. KV Bodensee.

Wofür stehe ich? Arbeitnehmer, Rentner, Erwerbslose und Kinder müssen in Deutschland zu ihrem Recht kommen. Es muss endlich Schluss sein mit einer Politik, die gegen die Interessen der Mehrheit betrieben wird. Wenn Millionen auf der Strecke bleiben während wenige systematisch immer reicher gemacht werden, sind Grundsätze der Demokratie verletzt.

Ich bin Arbeiter, seit es wieder Kapitalismus in ganz Deutschland gibt. Nach über 17 Jahren im Drei-Schicht-System gehöre ich zu den unmittelbar Betroffenen. Die sozial prekäre Situation in Deutschland gehört zu einem Alltag, den viele KollegInnen mit mir teilen. Das sind harte Fakten und nicht nur heitere Debattenthemen für weltfremde Talkshowteilnehmer.

Volkvertreter will ich sein, der neben Sachverstand seine Glaubwürdigkeit auch aus eigener Betroffenheit und persönlich gemachter Lebenserfahrung bezieht. Das verspreche ich.

Entlang der verbindlichen Linie unserer Programmatik bestimmen sich meine Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft in Deutschland, Europa und in der Welt. Diese Hoffnungen erfüllen sich aber nur, wenn wir alle zusammenhalten und unsere Partei, Gewerkschaften und soziale Bewegungen an einem Strang ziehen. Interessenvertretung darf nicht auf Parlamentsarbeit beschränkt bleiben und muss alle legalen Widerstandsformen einschließen. Daher werde ich mich nicht mit traditioneller Mandatsausübung begnügen und mithelfen bei der notwendigen Bündelung und Organisation gemeinsamer Gegenwehr.

Als Gründungsmitglied der Denkschule für das Solarzeitalter e.V. werde ich mich selbstverständlich für ein nachhaltiges Wirtschaften auf einer sozialen Basis stark machen.

Meine Genossinnen und Genossen im Kreisverband Bodensee haben sich für mich als Direktkandidaten im Wahlkreis entschieden. Sie haben mich gemeinsam mit den Kreisverbänden Ravensburg und Sigmaringen zu einer Kandidatur für Platz 6 der Landesliste aufgefordert, damit auch DIE LINKE der Region Oberschwaben ohne weite Wege unmittelbar in Berlin präsent sein kann.



Herbert Wilzek, KV Biberach. Fachliche Qualifikationen: Beruflich beschäftigt mich als Personalrat eines großen landeseigenen Gesundheitsbetriebs seit 20 Jahren die Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es gelang in dieser Zeit im Rahmen zweier Rechtsformänderungen viele Forderungen der Beschäftigten, wie z.B. Verhinderung der Privatisierung,

Stärkung demokratischer Strukturen, im Landtag durchzusetzen und den Betrieb im Tarifvertrag der Länder zu halten.

Als Sohn einer Arbeiterfamilie, Ehemann einer Grundschulrektorin, Vater dreier Töchter ist für mich Bildungsgerechtigkeit ein wichtiges Thema. Seit meiner Kriegsdienstverweigerung engagierte ich mich gegen jede Form militärischer Konfliktlösungen. In Biberach kooperieren wir eng mit der örtlichen Friedensgruppe.

Fähigkeiten zu kommunikativem Verhalten und öffentlichem Auftreten: Unsere langfristigen Erfolge bei innerbetrieblichen Auseinandersetzungen, politischen Entscheidungen

des Landes und Arbeitskämpfen belegen meine kommunikativen Fähigkeiten. Als WASG Landtagskandidat trat ich im Kreis Biberach bereits sehr erfolgreich öffentlich auf. Seit 20 Jahren arbeite ich ständig an verschiedenen Publikationen, wie Betriebs-, Personalrats-, Vertrauensleute-Zeitung, PR-Infos, Veranstaltungsberichte, Internetseite unseres Kreisverbandes.

Beruflicher Werdegang: Dipl.-Ing., Dipl.-Psych., Betriebswirt, seit 1990 Personalratsvorsitzender, Mitglied im Aufsichtsrat an den Südwürttembergischen Zentren für Psychiatrie (3200 Mitarbeitende).

Bisherige politische Arbeit und Anerkennung: Seit meiner Jugendzeit bin ich politisch aktiv: Gewerkschaftsbeitritt 1971, Studentenparlament, langjähriger gewerkschaftlicher Vertrauensleutesprecher, Fachbereichsvorstand der ehemaligen ÖTV, DGB-Biberach. Kommunalpolitisches Engagement in Bad Schussenried, SPD-Kreisvorsitzender, Landtagskandidatur für die WASG.

Den Prozess der linken Parteibildung habe ich sehr aktiv unterstützt: Gründungsauftrag, Teilnahme am Gründungskongress der Wahlalternative, Mitglied im Verein WASG, Regionalkoordinator der WASG in Oberschwaben, Kreisvorsitzender des Vereins und später der Partei WASG im Kreis Biberach, Delegierter des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE. und seit Bestehen des Kreisverbandes Biberach dessen Vorsitzender.

Geschlechterdemokratie befürworte ich aus Überzeugung. Die Geschlechter-Quotierung von Listen hat sich in meinem Erfahrungsumfeld bestens bewährt. In unserem Personalratsgremium liegt der Frauenanteil bei fast 50%, in unserer Familie bei 80%.

Schon in der Vergangenheit habe ich mehrfach an die Partei gespendet. Das werde ich als Mandatsträger selbstverständlich auch tun. Ein Wahlkreisbüro würde ich sehr gerne unterhalten und personell gut ausstatten, denn dies wäre ein weiterer wichtiger Schritt bei der Entwicklung unserer regionalen Strukturen.

Auch deshalb sollte die Region von Ulm bis zum Bodensee auf der Landesliste aussichtsreich vertreten sein.

Für weitere Listenplätze bewerben sich:



Antje Claaßen, KV Zollernalbkreis.

Ich bin am 24. Mai 1968 in Usingen (Hochtaunus) geboren. In Aldorf und München auf die Schule gegangen, habe in Ansbach mein Fachabitur im Fach Sozialwesen abgelegt und in Nürnberg Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt Resozialisierung studiert. Diplom-Sozialpädagogin mit der Abschlussarbeit: „Die Grundgesetzänderung des Art.16 GG und ihre Auswirkungen auf asylsuchende Flüchtlinge in Deutschland“.

Selbstständige Persönlichkeitsberaterin. Mitglied bei Pro Asyl. Seit 2008 Mitglied der Partei DIE LINKE und kandidiere für den Kreisverband Zollernalb für ein Direktmandat im Deutschen Bundestag.

Ich will einen tatsächlichen Nachteilsausgleich behinderter und pflegebedürftiger Menschen wie das Recht auf selbstbestimmte persönliche Assistenz, unabhängig von den persönlichen Vermögensverhältnissen. Chancengleichheit am Arbeitsmarkt; Beseitigung der Möglichkeit von Firmen, sich „freizukaufen“. Förderung der Gemeinden bei Schaffung einer barrierefreien Infrastruktur. Förderung alternativer Wohnprojekte alter und pflegebedürftiger Menschen, wie z.B. „Senioren-WGs“. Wiedereinführung einer bedarfsdeckenden Erwerbsunfähigkeitsrente. Eine grundsätzlich andere Ausländer- und Asylpolitik: Die Abschaffung der „sicheren Drittstaatenregelung“; die Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylbewerber sowie deren gleichberechtigte und menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben; das hätte zur Folge, dass Ghettoisierung und Ausgrenzung verhindert wer-

den sowie Kosten reduziert werden können, da die Menschen die Chance erhalten, sich um ihren Lebensunterhalt selbst kümmern zu können; die Einführung eines bedarfsdeckenden bedingungslosen Grundeinkommens statt Hartz IV, finanziert durch Kapital- / Vermögensbesteuerung und eingesparte Rüstungskosten. Die vollständige Gleichstellung aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, sozialer Stellung sowie Glaubenszugehörigkeit. Ich trete entschieden gegen Rassismus und Neofaschismus / Rechtsradikalismus ein. Den Ausstieg aus Militärbündnissen sowie die Abschaffung der Bundeswehr. Den Ausschluss von Unternehmen, die Kriegswaffen entwickeln, herstellen oder davon profitieren, von öffentlichen Aufträgen.

Ich werde mich auch als Mandatsträgerin der LINKEN aktiv für eine sozialere Politik in unserem Land einsetzen. Zusammen mit Initiativen und Betroffenenengruppen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben einfordern. Im Fall meiner Wahl einen angemessenen Mandatsträgerinnenbeitrag für die LINKE spenden sowie ein Wahlkreisbüro in der Region Süd-württemberg unterhalten.



Jochen Findeisen, KV Esslingen kandidiert für den Wahlkreis 263 (Kirchheim-Nürtingen zzgl. Waldenbuch und Steinenbronn). Er ist der Pressesprecher des Kreisverbandes Esslingen der LINKEN, den Kreisverband der Vorgängerorganisation, der WASG, hat er mitbegründet. Der am 19.2.1948 geborene Jurist (verheiratet, zwei Kinder) wohnt in 72667 Schlaiddorf und

arbeitet bei einer Versicherungsgesellschaft. Er ist dort langjähriges Betriebsratsmitglied, Sprecher der dortigen Verdi Betriebsgruppe und nimmt bei Verdi weitere Funktionen wahr.

Findeisen sagt: „Wir müssen drauf achten, dass die Finanzkrise nicht dazu missbraucht wird, den Lohnabhängigen weitere Lohneinbußen abzupressen. Das Gejammer um die schwache Inlandsnachfrage ist verlogen, da es hauptsächlich von denen angestimmt wird, die den Niedriglohnssektor ausgedehnt haben und Zurückhaltung bei den Löhnen und den Renten predigten. Wir brauchen gesetzliche Mindestlöhne und die Rückkehr zur alten Rentenformel – nur das belebt nachhaltig die Konjunktur!“ Selbst nicht mehr sehr weit vom Rentenalter entfernt, tritt er für Renten ein, von denen jeder gut leben kann. Er wendet sich dagegen, den Leuten mit dem „demografischen Faktor Angst zu machen“- „Voraussetzung für gute Renten sind vor allem gute Löhne!“ In der Rentenfrage teilt der Sozialverband VdK größtenteils Einschätzungen und Forderungen der LINKEN. Findeisen ist Vorstandsmitglied der VdK Ortsgruppe Altenriet/Schlaiddorf. Weiter ist er aktives Gemeindeglied der evang. Kirchengemeinde in seinem Heimatort und pflegt vielfältige Kontakte zu sozial und ökologisch aktiven Christen.

Findeisen wuchs in Kirchheim /Teck auf, wo er bereits als Student die erfolgreiche Bürgerinitiative „Rettet die Altstadt“ mitbegründete. Erhalt und Studium des kulturellen Erbes unserer Heimat sind dem, wie er sagt, „Hobbyhistoriker“, ein Anliegen, das er auch vom Schwäb. Albverein gepflegt sieht und dem er deshalb als Mitglied angehört. Er war Initiator des erfolgreichen Aktionsbündnisses gegen Genmaisbau. Dieses Bündnis organisierte starken, öffentlichen Druck gegen die im Auftrag des Agro-Multis Monsanto von der Fachhochschule Nürtingen durchgeführten Versuche mit freigesetztem Genmais. Die Versuche wurden eingestellt! Als Mitbegründer von ATTAC Nürtingen organisierte er Veranstaltungen zur EU-Verfassung. Findeisen meint: „Wir brauchen ein Europa, das nicht nur ein starker Wirtschaftsraum ist sondern in dem auch gewerkschaftliche Rechte im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr und gesetzliche Mindestlöhne gelten!“ Die weitere Privatisierung der Bahnen, der Energieversorgung

und anderen Unternehmen der Daseinsfürsorge lehnt er auch in der EU genauso ab, wie die Etablierung der EU als Militärmacht. „Die neoliberale Wirtschaftsdoktrin ist bankrott und mit ihr eine Politik, die sich zum Lakaieren der deregulierten Finanzmärkte machte“ stellt er fest. „DIE LINKE. folgt dem Ziel einer nachhaltigen Politikgestaltung, die einen fairen Ausgleich von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Interessen sucht!“



Rainer Hauenschild, KV Esslingen.

Direktkandidat Esslingen, Sprecher DIE LINKE.Plochingen. Geboren bin ich am 11.2.1968 in Plochingen, geschieden, ein Sohn, von Beruf Werkschutzfachkraft. Nach meinem Schulabschluss bin ich durch die Berufsbranchen Einzelhandel und Krankenpflege gewandert. Seit 1994 bin ich in der Sicherheitsbranche tätig, wo

ich lange Jahre als Personenschützer und Privatermittler tätig gewesen bin. 2004 habe ich letztendlich noch die Prüfung zur Werkschutzfachkraft vor der IHK abgelegt. Als Werkschutzfachkraft bin ich tätig für eine internationale Sicherheitsdienstfirma. Innerhalb der Firma bin ich Ersatzbetriebsratsmitglied, Einsatzleiter bei Veranstaltungen sowie verantwortlich für ein Objekt unseres Kunden.

Politisch möchte ich mich einsetzen für einen Mindestlohn, Abschaffung von Zeitarbeit und 1 Euro Jobs, Sozialtickets für Bus und Bahn, Sozialpässe für Bedürftige, Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. In folgende Projekte bin ich bereits aktiv Forderung eines Sozialpass für Plochingen, Sozialticket-Initiative im Kreisverband Esslingen, linke Politik in den Gemeinderat von Plochingen. In meinem Heimatlandkreis Esslingen möchte ich mich für die Jugend und Senioren einsetzen Ausbau und Förderung von Jugendzentren und betreutes Wohnen. In der Heimat (Kijabe) meiner zukünftigen Frau werde ich mich für Förderprojekte einsetzen. Mitgliedschaften: DIE LINKE., Gewerkschaft Verdi, im Vorstand des Verdi Ortsverein Esslingen-Filder, FV 1911 Plochingen sowie im Freundeskreis der Pfadfinder Plochingen. Ich habe mich für den Listenplatz 10 der Landesliste beworben und bitte die Mitglieder des Landesverbandes um Unterstützung.



Werner Jourdan, KV Ortenau.

Theologe und Journalist (53), aufgewachsen in einer Waldenserfamilie genau an der Grenze zwischen Württemberg und Baden. Ausbildung zum evangelischen Pfarrer, später zum Zeitungs-, Zeitschriften und Hörfunk-Redakteur (unter anderem Heilbronner Stimme, iwz, Motorpresse Stuttgart), derzeit verantwortlicher Redakteur der Links-

zeitung und Leiharbeiter zum Billiglohn. Aktiv in Friedensbewegung und Gewerkschaft, Mitglied bei Verdi seit 1975, WASG- und später Linke-Mitglied seit 2004 und Mitglied im Sprecherrat der Linken in Lahr (Schwarzwald) seit 2008.

Warum wird ein Mensch Sozialist? Auf diese Frage hatte der Theologe und Sozialist Helmut Gollwitzer (1908-1993) eine recht einleuchtende Antwort: „Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.“

Gollwitzer, der vor wenigen Wochen erst 100 Jahre alt geworden wäre, hat mich in den siebziger Jahren als mein theologischer Lehrer, als aufrechter Mensch und gerade auch als hoffender Sozialist geprägt wie kein zweiter. Noch mehr als die Frage, ob Christen Sozialisten sein können, beschäftigte

ihn und damit auch mich die Frage: „Kann man als Christ das gegenwärtige Gesellschaftssystem samt der ihm zugrunde liegenden Wirtschaftsordnung bejahen und verteidigen oder muss das für einen Christen nicht unerträglich sein?“

Unerträglich war vieles seither. Angefangen damit, dass auf die Friedenspolitik Willy Brandts der von der SPD getragene Beschluss zur Nachrüstung von Atomraketen folgte. Weiter ging es mit steten Rückschritten in Politik und Gesellschaft während der Kohl-Ära, dem Beitritt der neuen Länder zur BRD, der ja wohl eher eine Kolonialisierung des Ostens als eine Vereinigung war, dem ersten Krieg, der wieder von deutschem Boden ausging und das unter einem Außenminister der Grünen, und – das war nun allerdings der Gipfel – mit dem größten Sozialraub, den man sich vorstellen konnte, unter Rot-Grün und dem Applaus von Union und FDP.

Dabei war Hartz IV, wie zu erwarten, weit mehr als eine misslungene Arbeitsmarktreform. Hartz IV mit seinen Rückgriffen auf die Arbeitsmarktpolitik der Nazis ist der Schlüssel zum Verständnis von vielen aktuellen Veränderungen zum Schlimmen. Hartz IV bedeutet Zweckrassismus statt Solidarität, Kastenwesen statt Armutsbekämpfung, Lohndrückerei statt Wohlstand für alle – und es bedeutet für Millionen erhebliches Leid und das Ende von Hoffnung.

Vielleicht ist Hartz IV auch das Ende der SPD, keinesfalls aber das Ende des demokratischen Sozialismus – und deshalb stellt sich für mich die Frage, ob Linke ins Parlament sollen oder besser draußen bleiben, so wenig wie die Frage, ob ich als Christ Sozialist sein darf. Ich muss es einfach – nicht unbedingt ins Parlament, aber Sozialist sein.



Stephan Lorent, KV Tübingen. Geboren am 15. August 1961. Wohnort: Tübingen; Beruf: Wirtschaftsinformatiker.

Politische Erfahrungen: seit 1978 in der Behindertenbewegung in Bonn tätig; von 1983 bis 1987 Mitglied im allgemeinen Studentenausschuss (AStA) für den MSB-Spartakus; von 1983 bis 1990 in der studentischen Behindertenbewegung tätig; von 1987 bis heute in der Tübinger Behindertenbewegung; seit 2006 Mitglied der PDS, heute DIE LINKE; seit 2006 in der BAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“; seit 2007 Mitglied im Kreisvorstand Tübingen; 2008 Gründung der LAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“

Allegemeines: In Bundesrepublik Deutschland leben 8,6 Millionen Menschen mit körperlichen, geistigen und psychischen Behinderungen. Wenn wir die nächsten Angehörigen und die pflegenden Personen hinzu zählen, so sind zirka 20 bis 25% der Bevölkerung in Deutschland von Behinderungen direkt oder indirekt betroffen. Angesichts dieser Zahlen ist eine emanzipatorische Politik, Nichtausgrenzung von Minderheiten, eine logische Folgerung. Ich möchte hier ausdrücklich festhalten: Wir Menschen mit Behinderungen können nicht nur trotz, sondern gerade wegen unserer Behinderungen zu einer funktionierenden solidarischen Gesellschaft beitragen. Wir sind nur das sichtbare Beispiel dafür, dass jeder Mensch körperliche, geistige und psychische Stärken und Schwächen besitzt. Gerade deshalb hat jeder Mensch ein Recht auf einen Platz in der Mitte einer solidarischen Gesellschaft. Behindertenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder. Wir wollen diese Querschnittsaufgabe mit Inhalt füllen und in alle Politikfelder hineinragen. Behindertenpolitik ist keine Klientelpolitik. Auch viele andere Personengruppen profitieren von Veränderungen, die ein gemeinschaftliches Leben von Menschen mit Behinderungen in dieser Gesellschaft erleichtern. Diese einzelnen Personengruppen können und müssen wir als Verbündete für unsere Forderungen gewinnen.

Politische Ziele: Umsetzung eines Nachteilsausgleichsgesetzes für Menschen mit Behinderungen und anderen

Benachteiligungen. „Eine Schule für Alle“ (Inklusion). Abschaffung von Studiengebühren. Gesetzlicher Mindestlohn 8 bis 10 € (auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen; Entkoppelung von Grundsicherung und Entlohnung in WfbM). Recht auf politischen Streik. Mindestrente (mindestens Existenzminimum 978 €). Abschaffung der Hartz IV Gesetze. Abschaffung der zwei Klassenmedizin (Abschaffung der privaten Krankenversicherungen). Vergesellschaftung der öffentlichen Daseinsfürsorge (Banken, Gesundheit, Energie, ÖVPN, Grundnahrungsmittel, Müllentsorgung). Barrierefreiheit und Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs (weg mit Stuttgart 21). Keine Kriegseinsätze der Bundeswehr (Abschaffung der Bundeswehr). Demokratie stärken (Volksbegehren, Volksentscheid, Bürgerhaushalte auf kommunaler Ebene). Verbot der NPD.



Norbert Masson, KV Baden-Baden/Rastatt. Elektro-Meister, Elchesheim-Illingen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bewerbe mich um einen Listenplatz für die Bundestagswahl 2009 auf der Landesliste.

Zur Person: Ich bin 51 Jahre alt und ledig. Nach Abschluss der Hauptschule habe ich eine Ausbildung zum Elektroinstallateur absolviert und 1987

meinen Meister gemacht. Ich arbeite seit meiner Ausbildung im selben Betrieb, bin dort inzwischen auch im Betriebsrat. Ehrenamtlich bin ich in der IG Metall seit 1979 tätig, Mitglied bin hier seit 1978. Funktionen sind zurzeit, Vorsitzender des Orts Handwerks Ausschusses, Mitglied der Tarifkommission Elektro-Handwerk und Ortsvorstandmitglied. Andere Funktionen nehme ich war, als Mitglied des Regionalbeirates der IKK in Mittelbaden sowie in der Handwerkskammer Karlsruhe im Berufsbildungsausschuss und der Vollversammlung. Bei der letzten Kommunalwahl war ich als Parteiloser auf der Liste der Orts-SPD meines Heimatortes. Im Kreisverband Baden-Baden/Rastatt bin fast seit Beginn Mitglied und seit WASG-Zeit Schatzmeister.

Politisch liegen mir die Themen Bildung und gerechte Bezahlung von Arbeit am Herzen. Im Parlament sind schon viele Kompetenzen vorhanden, eine jedoch vermisse ich, die, der Basis. Diese will ich mit einbringen.



Reinhard Neudorfer, KV Rems-Murr. Geboren und aufgewachsen in München, daher geeignet als Kompromiss zwischen Baden und Württemberg, seit 32 Jahren wohnhaft in Waiblingen, meine Frau (auch in der LINKEN) kommt aus Südbaden. Als Diplom-Verwaltungswirt (FH) war ich viele Jahre bei der Bundesagentur für Arbeit als Berater für berufliche Rehabilitation von behinderten Jugendlichen tätig. Seit kurzem bin ich

arbeitslos und nähere mich der Rente.

Politischer Werdegang: In der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Opposition der „68er“, 1970 GEW-Mitglied, 1971 Marxistischer Studentenbund Spartakus, 1972 bis 1989 DKP-Mitglied, Unterstützer der Reformströmung, 1990 Mitglied der PDS (Funktionen auf Landesebene); Mitglied im bisherigen Landesvorstand DIE LINKE, einer der zwei Kreisvorstandssprecher Rems-Murr (z.Zt. kommissarisch). Ich gehöre keiner Strömung der Partei an; u.a. deshalb weil ich andere Aufgaben für dringlicher halte und mir dann die Zeit dafür nicht mehr reichen würde. Mitglied im Vorstand von Verdi im Rems-Murr-Kreis Mitglied im Kreis- und Landesvorstand der VVN-Bund der AntifaschistInnen, Mitglied als Gewerkschaftsvertreter im Fachbeirat des Landkreises

gegen Rechtsextremismus; Sprecher des kommunalpolitischen Forums Baden-Württemberg. Mitarbeit in der AG Betrieb und Gewerkschaft, der AG Bildung des Landesverbandes und bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg. Ferner mache ich bei ATTAC mit und bei der Alternativen Liste, einem parteiübergreifenden kommunalpolitischen Bündnis, das ich mitgegründet habe. Als stadtbekannter PDS-Aktivist habe ich bei der OB-Wahl in Waiblingen 2001 4,5% der Stimmen erreicht, was damals (so ändern sich die Zeiten!) als großer Erfolg galt.

Als wichtigste Aufgabe sehe ich die kommunale Verankerung der Partei an, nicht nur im Hinblick auf die Kommunalwahlen und Regionalparlamentswahl Stuttgart, sondern als grundlegende Aufgabe auch außerhalb von Wahlzeiten! Die Vorbereitung der Regionalparlaments-Wahl koordiniere ich im Auftrag des Landesvorstands. 2007 und verstärkt 2008 habe ich mich in vielen Veranstaltungen der Kreisverbände vor Ort für die Diskussion der kommunalpolitischen Themen eingesetzt. Am Leitfaden für die Kommunalwahl habe ich mitgearbeitet. Die kommunalpolitische Orientierung der Partei möchte ich auch gerne auf der Bundesebene fördern. Probleme der Kreise und Kommunen müssen gerade im Bundestag noch mehr zur Sprache gebracht werden. Hier sehe ich ebenso wie beim Thema Antifaschismus ein wichtiges Aktionsfeld für mich. Allgemeinplätze wofür oder wogegen ich bin, möchte ich hier nicht aufführen, das wissen eh alle, ggfs. einfach rückfragen! Nach meinem Politikverständnis sollte Parteiarbeit zumindest zur Hälfte außerhalb der Partei erfolgen, also in Bündnissen und in außerparlamentarischen Aktionen. Dies setze ich in meiner täglichen Arbeit vor Ort um. Auch in einer Abgeordnetentätigkeit wäre der Bezug zur Basis für mich wichtig.



Heide Ramme, KV Böblingen. Ich wurde 1939 in Köln geboren und wuchs dort auch auf. Seit 1984 wohne ich in Baden-Württemberg, seit zwölf Jahren in Herrenberg. Ich besitze den Kaufmannsgehilfenbrief. Als Sozialversicherungsfachfrau arbeitete ich zehn Jahre bei einer gesetzlichen Krankenkasse. Nach der Geburt meines Sohnes, 1972, studierte ich an

der Universität in Wuppertal Germanistik und evangelisch Theologie. Nach dem Referendariat arbeitete ich als Lehrerin der Sekundarstufe I drei Jahre an einem Gymnasium in Wuppertal, von 1984 bis zu meinem Rentenbeginn an einer Real- und Berufsschule in Sindelfingen. Aus Altersgründen wurde ich nicht verbeamtet. Das Schulamt in Sindelfingen bildete mich zur schulpädagogischen Beraterin und zur Drogenpräventionslehrerin aus. Ich bin Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse (GKV) und erhalte meine Rente von der Deutschen Rentenversicherung Bund. Am 1.3.2008 trat ich in „DIE LINKE“ ein. Im Arbeitskreis „Gesundheit und Soziales“ referierte ich am 18.10.2008 über die Auswirkungen von Agenda 2010. Am 20.11.2008 hielt ich ein Referat im KV Böblingen über den Gesundheitsfonds. Da die Kluft zwischen „Arm und Reich“ durch fehlgesteuerte politische Entscheidungen immer größer wird, sehe ich eine Aufgabe der LINKEN darin, den Menschen, die keine Lobby haben, eine Stimme zu geben, z.B. GKV-Versicherten, Arbeitslosengeld I- und II-Empfängern, Pflichtversicherten in der Deutschen Rentenversicherung Bund und deren Rentenbeziehern sowie den 1,35 Millionen Aufstockern, die wegen der von der CDU-SPD Koalition verweigerten Einführung eines Mindestlohnes Zuschüsse durch die Arbeitsagentur erhalten müssen, um überhaupt leben zu können. Die Gesetze aus den Jahren 1989 bis 2004 sowie durch Agenda 2010 zu Lasten der GKV-Versicherten sind rückgängig zu machen. Versicherte der GKV sind aufzuklären, dass nach dem Stand von 2008 zur Entlastung

anderer Sozialsysteme und des Staates 45,5 Milliarden Euro der GKV entzogen werden. Bei kostendeckender Abgeltung von Leistungen der GKV an Dritte könnte der Beitragssatz um mehr als vier Beitragspunkte gesenkt werden. Eine Aufklärungskampagne durch DIE LINKE sehe ich als eine meiner Aufgaben an. 72 Millionen gesetzlich Versicherte stehen 8,6 Millionen mit einer Vollpolice bei Privaten gegenüber. Ziel der LINKEN ist, eine Abschaffung der unsolidarischen Zweiteilung der Krankenversicherungen in eine einheitliche Bürgerversicherung für alle.



Lothar Schuchmann, KV Freiburg. Direktkandidat Waldshut, 68 Jahre. Politische Motivation: Als häuslicher Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin im Bereich eines sozialen Brennpunktes in Freiburg sehe ich besonders seit der Hartz-IV-Gesetzgebung eine zunehmende Verarmung und soziale Ausgrenzung von Kindern und ihren Familien mit all ihren negativen Folgen

für die Lebensperspektive dieser Kinder, mit schlechteren Bildungs- und Berufschancen und einem deutlich schlechteren Gesundheitszustand. Zudem werden lohnabhängige Berufstätige in unserem Land immer häufiger unterbezahlt bis zur Ausbeutung, hin und hergeschoben und schließlich in die Arbeitslosigkeit entlassen, während Unternehmer und Aktionäre sich mit Unterstützung neoliberaler Politiker schamlos bereichern. Oligarchen beherrschen unser Land und zerstören durch Privatisierung der Daseinsvorsorge und Ökonomisierung aller Lebensbereiche Gemeinwesen, Sozialstaat und Demokratie. Deutschland führt wieder Kriege, obwohl diese Art von „Problemlösung“, die darin besteht, möglichst viele Menschen zu vernichten und ihre Häuser zu zerstören, ebenso unglaublich primitiv wie vollkommen erfolglos ist – und dies schon seit der Steinzeit. Haben wir wirklich nichts dazu gelernt? Als Kind hörte ich den Slogan Adenauers: „Die Hand soll verdorren, die je wieder ein Gewehr ergreift“ – davon sind wir schon wieder weit abgekommen. Warum eigentlich sollen unsere Söhne für fremde Händel sterben? Dies alles erzeugt meinen anhaltenden Zorn; wir fordern eine andere Politik, für die Menschen statt für Profite, für ein sozial gerechtes Wirtschaftssystem, für Rüstungskontrolle und gegen die aktuelle Kriegspolitik.

Politischer Lebenslauf: SPD-Mitglied von 1967 bis 1993 in den Ortsvereinen Karlsruhe, Freiburg und Garmisch-Partenkirchen mit Funktionen auf Orts- und Kreisebene. 1993 Austritt aus der SPD als Reaktion auf die damals geänderte Asylgesetzgebung – dies im Hinblick auf meine jahrzehntelange aktive Mitarbeit bei Amnesty International. Nach kurzer passiver Mitgliedschaft bei der Partei Die Grünen seit Juli 2004 WASG-Mitglied, ab März 2005 im Freiburger WASG-Vorstand, seit Juli 2007 im Vorstand der LINKEN (Sprecher). Initiator der LAG Gesundheit und Soziales seit 2005, Mitglied der BAG für Gesundheit und Soziales seit 2008. Mitarbeit bei der Freiburger Bürgerbewegung „Wohnen Ist Menschenrecht“ (WIM).

Politische Fachgebiete: Gesundheitswesen (einschließlich Forschungspolitik), soziale Situation von Familien, Kinder und Jugendlichen, Menschenrechte (einschließlich Kinderrechte), Asyl- und Friedenspolitik. Soziale Aktivitäten: Seit 1974 Mitglied von AI, lange Zeit aktiv bei Urgent Actions (UA), seit 1997 Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes (KSB), Ortsverband Freiburg und Breisgau-Hochschwarzwald, hier verantwortlich für die Programme „Schulsozialarbeit“, „Soziale Prävention und Gesundheit“ sowie „Kinderschutz durch Elternbildung“. Berufspolitik: Mitglied des Marburgs Bundes 1967 bis 1984, Obmann im Berufsverband der Kinderärzte für den Bezirk Freiburg und Baden-Süd von 1991-2003.